

Gemeinsam gegen Bahnlärm

Von unserem Redaktionsmitglied
Timo Schmidhuber

MANNHEIM. Alle setzen sich an einen Tisch und suchen nach Lösungen, wie man Mannheim und die Region vom zunehmenden Güterzug-Lärm entlasten kann. Ein solcher „Projektbeirat“, der in Offenburg den Bau eines Tunnels erreicht hat, könnte jetzt auch für die Metropolregion möglich werden. Darauf weisen unabhängig voneinander Mannheims Erster Bürgermeister Christian Specht und Claus Schmiedel hin. Der SPD-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag war gestern auf Einladung des Landtagskandidaten Boris Weirauch in der Stadt.

Die Ausgangslage wirkt für Mannheim bedrohlich: Die europäische Güterzugtrasse von Rotterdam nach Genua führt über die westliche und östliche Riedbahn direkt durch die Stadt (siehe Grafik). Mit der Öffnung des Gotthard-Basistunnels in der Schweiz im nächsten Jahr werden auf der Strecke deutlich mehr Güterzüge erwartet – die Rede ist von bis zu 200 pro Nacht. In den betroffenen Stadtteilen von der Blumenau bis zur Rheinau gibt es schon mehrere Bürgerinitiativen gegen den Bahnlärm, mit Mitspielern aus der Region haben sie sich bereits zu einem Dachverband zusammenschlossen. Sie fordern, so ihr Vertreter Gunther Mair, den Bau einer neuen Güterzug-Umfahrung in der Region, teilweise mit Tunnellösung.

Schmiedel verspricht Antrag

Im Offenburger Projektbeirat saßen neben lokaler Politik und Bürgerinitiativen auch Vertreter von Bund, Land und Bahn. Gemeinsam ging man die Bahntrasse Kilometer für Kilometer durch und schaute, wo ein Tunnel oder eine andere Trassenführung nötig ist. Bund und Land hatten zuvor zugesagt, den Trassenbau finanziell zu unterstützen.

Was nun der Hoffnung auf einen Projektbeirat auch in Mannheim Nahrung gibt, ist ein gemeinsamer Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU und SPD. Darin sprechen sie sich dafür aus, die Einrichtung von Projektbeiräten zu unterstützen und deren Vorschläge „besonders zu berücksichtigen“. Darüber hinaus will man laut Antrag im Einzelfall

auch einen Lärmschutz möglich machen, der „über das gesetzliche Maß“ hinausgehe.

Der Antrag stand eigentlich auf der Tagesordnung zur Parlaments-sitzung am Donnerstag, wurde aber kurzfristig abgesetzt. Die CDU-Bundestagsfraktion habe noch Beratungsbedarf gehabt, erklärte Landespolitiker Schmiedel gestern. Offenbar hätten andere Bundesländer die Sorge, Baden-Württemberg könne bevorzugt werden. Er ärgert sich über die Absetzung, der Antrag sei zwischen den Fraktionen „ausverhandelt“ gewesen. Schmiedel hofft nun, dass der Beschluss im Januar folgt. Dann werde seine Fraktion im Landtag einen Antrag stellen, dass das Land auch in Mannheim bis zur Hälfte der Lärmschutzkosten übernehme, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen.

Auch Christian Specht, zugleich Vorsitzender des Planungsaus-

schusses Verband Region Rhein-Neckar, hofft, dass der Antrag im Bundestag durchgeht. „Das wäre eine komplett neue Herangehensweise an das Thema Lärmschutz“, sagt er. Specht wünscht sich auch für die Region einen Projektbeirat und hat nach eigenen Angaben bereits positive Signale von der Bahn bekommen. Aus Sicht der Stadt Mannheim, so betont er, seien bei einer Neuregelung des Güterverkehrs drei Dinge wichtig: „Der ICE-Knoten muss erhalten bleiben, der S-Bahnverkehr in der Region muss ausgebaut werden, und der Rangierbahnhof muss anfahrbar bleiben.“

In Berlin gab es gestern ebenfalls ein deutliches Signal gegen Bahnlärm. Dabei geht es um Güterzüge, die noch nicht auf lärmarme Bremsen umgerüstet sind. Der Bundesrat forderte die Regierung auf, ihre Durchfahrt ab 2020 bundesweit zu verbieten.

Güterzug-Verkehr durch Mannheim

